

Rede zur Finanzkrise (Plenarsitzung vom 22.10.2008)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Als Nächster spricht der fraktionslose Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Was ist an dem Verhandlungsergebnis gut? Alle Bedingungen für eine Inanspruchnahme der Staatshilfe sind Kann-Aussagen. Über staatliche Anteile und Vorschriften für Geschäftspolitik und Managergehälter will die Regierung je nach Gusto entscheiden. Die Kosten sollen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bezahlen. Es ist keine Rede davon, dass die Bankmanager zur Verantwortung gezogen werden, und diejenigen, die Milliarden verzockt haben bzw. auch Milliardengewinne eingestrichen haben, bleiben außen vor. Das ist die Realität dessen, was in Berlin herausgekommen ist.

Unser Finanzminister in Nordrhein-Westfalen hat heute in einem Interview den „Westfälischen Nachrichten“, der konservativ-christlichen Zeitung aus Münster, gesagt:

Lasst die Tassen im Schrank! Keinen Cent für Wünsche!

Dies steht auf der rechten Seite, und interessanterweise sieht man auf der linken Seite Herrn Glos. Herr Glos wirbt für ein Konjunkturprogramm. Mit anderen Worten hat Herr Glos nach Aussage von Herrn Linssen nicht alle Tassen im Schrank. Dies ist offensichtlich die Meinung. Es ist sehr interessant, zu hören, wie man sich innerhalb der CDU/CSU offensichtlich in keinster Weise einig ist.

Herr Linssen, Sie haben von den Lemmingen geredet. Ich kann Ihnen nur sagen, dass Sie selber zu den Lemmingen gehören, denn Sie sitzen seit Jahren bei der WestLB. Wenn man sich das hier anhört, was auch die Wirtschaftsministerin erzählt: Da wird nur Geld verbrannt, ein konjunkturelles Strohfeuer. Das, was Sie jetzt hier in Nordrhein-Westfalen vorhaben, bedeutet doch, mit einem Riesenschritt von der Finanzkatastrophe direkt in die Klimakatastrophe zu gehen, wenn Sie längere Laufzeiten für Atomkraftwerke fordern. Mich hat gewundert, dass Sie nicht gleich auch den Neubau und neue Kohlekraftwerke gefordert haben. Das ist die Politik. Das sind Ihre konjunkturellen Maßnahmen für Nordrhein-Westfalen. Ich sage nur: Das ist eine ganz klasse Politik. Es geht mit einem großen Schritt gleich nach der Finanzkatastrophe in die Klimakatastrophe.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Die größte Nummer hat heute allerdings die FDP gebracht. Sie lebt wirklich in einer Parallelgesellschaft.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Diese Bankrotteure bemängeln jetzt auf einmal, dass man die Finanzmärkte nicht reguliert hat. Es wurde schon richtigerweise gesagt, Sie sind der parlamentarische Arm der Heuschrecke. Sie waren doch diejenigen, die alles getan haben, um eine Regulierung der Finanzmärkte zu verhindern.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Herr Papke ist doch der Oberneoliberale. Er stellt sich jedes Mal hierher und hält noch Brandreden für den Neoliberalismus; er bezeichnet sich auch selbst als solchen. Sie sind die Allerletzten, die in dieser Frage jetzt irgendetwas Sinnvolles beizutragen haben.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP] – Weitere Zurufe von der FDP)

– Sie sind die Bankrotteure in Nordrhein-Westfalen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Zurück in die DDR!)

Die Bundesregierung hat zwar ein Maßnahmenpaket vorgelegt, das mit 500 Milliarden € die Finanzmarktstabilität sichern soll, bisher aber keinen Euro für Konjunkturmaßnahmen vorsieht. Immerhin gibt es jetzt eine Forderung danach.

Eines kann man aber in keiner Weise sehen, nämlich ein Konjunkturprogramm, das diesen Namen tatsächlich verdient, das die Kaufkraft vieler Menschen stützt, das einkommensarme Schichten begünstigt oder vielleicht sogar die Bildungsarmut beseitigt. Davon würden auf lange Sicht auch Unternehmen profitieren.

Stattdessen sind die Regierungspläne halbherzig. Nur Gutverdienende können sich den steuerlich begünstigten Neuwagen leisten. Nur Immobilienbesitzer nehmen den günstigen Wärmedämmungskredit mit. Was sie davon an die Mieter weitergeben, ist fraglich. Diese Dinge werden im Augenblick diskutiert. Das hilft in keiner Weise weiter.

Als erste unmittelbare Konsequenz ist es sinnvoll, dass der Finanzmarkt wieder stärker durch den Staat kontrolliert wird und Bankmanager auch mit ihrem Privatvermögen für die angerichteten Schäden Verantwortung übernehmen. Die Offenlegung der Konten und der Vermögensverhältnisse der Großaktionäre, Vorstände und leitenden Manager der in die Finanzkrise verwickelten Banken und Konzerne wäre eine erste sinnvolle Maßnahme.

Das gesamte Privatbankensystem muss in öffentliches Eigentum überführt werden. In den USA ist man übrigens schon einen Schritt weiter. Es muss vor allem auch demokratisch kontrolliert werden. Das wird hier in keiner Weise gemacht.

Damit kann erreicht werden, dass die gewaltigen Ressourcen der Banken wieder ihrem eigentlichen Zweck dienen, nämlich die Wirtschaft im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung mit Krediten zu versorgen.

Sieht man sich an, was in Berlin gemacht worden ist, dann muss man feststellen, die Bundesländer – darunter auch NRW – haben bei der Umsetzung des Maßnahmenpaketes nichts zu sagen.

Letztendlich entscheidet das Diktat des Finanzministers.

Während Bund und Länder durch die Föderalismusreform zwei erhebliche Beschränkungen ihrer Verschuldungsgrenzen und damit auch neue Sparzwänge verordnet werden sollen, macht das Finanzmarktstabilisierungsgesetz den Weg zu einem neuen Niveau der Staatsverschuldung frei, an dem die Länder beteiligt werden sollen. Das sind die konkreten Konsequenzen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Mit der Politik werden Sie noch den nächsten Bankrott erleben. Ich wünsche Ihnen eine gute Reise.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Thoben das Wort.